

ZENTRALASIEN VOR DEM ISAF-ABZUG AUS AFGHANISTAN

ISLAMISTISCHE BEDROHUNG UND REGIONALE LÖSUNGEN

Thomas Kunze / Michail Logvinov

Der Kampfeinsatz der NATO-geführten ISAF-Mission in Afghanistan soll 2014 beendet werden. Ein Sicherheitsabkommen der USA mit Afghanistan sieht zwar vor, dass die Regierung von Präsident Hamid Karsai weiter mit Unterstützung rechnen kann, doch der ISAF-Einsatz gehört der Vergangenheit an. Der Abzug der Truppen sowie des größten Teils des Materials stellt die beteiligten ISAF-Länder vor eine logistische Herausforderung. Im besonderen Fokus stehen in Zentralasien dabei die Länder Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan, die zusammen das Northern Distribution Network (NDN) bilden. Über das NDN soll ein Teil des Abzugs organisiert werden. Dadurch ergeben sich für die zentralasiatischen Länder einerseits neue wirtschaftliche und politische Chancen. Andererseits könnten islamistische Kräfte ein durch den Truppenabzug entstehendes Sicherheitsvakuum nutzen, um Terror und Angst in Afghanistan und den zentralasiatischen Nachbarländern zu verbreiten. Selbst der als vergleichsweise sicher geltende Norden Afghanistans, der vor allem von Usbeken und Tadschiken besiedelt ist, könnte eine neue Basis für terroristische Aktionen werden, der die säkularen Regime in den früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken bedroht. Islamistisches Gedankengut ist bereits in deren Gesellschaften verankert, und es existieren regionale islamistische Netzwerke.



Dr. Thomas Kunze ist Regionalbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Zentralasien mit Sitz in Taschkent, Usbekistan.



Dr. Michail Logvinov ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.

DER TRUPPENABZUG: WIE GEHT ES IN AFGHANISTAN WEITER?

Die Situation in Afghanistan gestaltet sich für die beteiligten ISAF-Länder doppelt schwierig: einerseits steht die Übergabe der Verantwortung über die Sicherheit an lokale Kräfte an und andererseits der logistische Aufwand des Abzugs. Nach Angaben der NATO befinden sich insgesamt 87.207 Soldaten (Stand August 2013) aus 49 Nationen im Rahmen der ISAF-Mission in Afghanistan, wobei die größten Truppensteller die USA (60.000 Soldaten), Großbritannien (7.700 Soldaten) und Deutschland (4.400 Soldaten) sind.¹

Dennoch ist die Sicherheitslage in Afghanistan immer noch prekär und auf keinen Fall gesichert. Zwar sind die Taliban durch den internationalen Einsatz geschwächt, aber vertrieben sind sie nicht. 2014 werden laut NATO nur ca. 8.000 bis 12.000 Soldaten im Rahmen der Post-ISAF-Mission „Resolute Support“ in Afghanistan verbleiben, um bei Training, Ausbildung und Unterstützung der lokalen Sicherheitskräfte Hilfe zu leisten.² Die NATO-Verteidigungsminister legten sich im Juni 2013 darauf fest, dass die verbleibenden Soldaten keine kämpfende Rolle mehr einnehmen sollen.³ Damit wird die Sicherheit in Afghanistan ganz den lokalen Kräften übertragen. Ob diese dafür bereit sind, ist allerdings in Frage zu stellen. Denn die afghanischen Soldaten gelten als unzureichend ausgebildet und die Zahl der Deserteure ist hoch. Die politischen Machtverhältnisse scheinen noch nicht stabil genug, um nach dem Truppenabzug einen Sturz der Regierung oder zumindest eine Untergrabung ihrer Autorität zu verhindern. Die Staatlichkeit Afghanistans ist fragil und Korruption ist allgegenwärtig. Einen Vorgeschmack gibt die Situation in der ostafghanischen Provinz Nuristan, in der die Truppen schon 2012

- 1 | Vgl. NATO, „International Security Assistance Force: Key Facts and Figures“, 1-2, <http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf> [23.11.2013].
- 2 | Vgl. Adrian Croft und Phil Stewart, „NATO considers post-2014 Afghan force of 8,000-12,000“, Reuters, 22.02.2013, <http://reuters.com/article/2013/02/22/us-afghanistan-usa-nato-idUSBRE91L0IC20130222> [23.11.2013].
- 3 | Vgl. Karen Parrish, „NATO Defense Ministers Set Post-2014 Afghanistan Mission“, American Forces Press Service, 05.06.2013, <http://defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=120218> [14.10.2013].

abgezogen worden sind. Dort werden inzwischen weite Teile der Provinz sowie wichtige Zufahrtsstraßen für die Versorgung der Bewohner von den Taliban kontrolliert.⁴



Soldaten des Logistikunterstützungsbataillons: Die Bundeswehr lässt Material im Neuwert von mehreren Millionen Euro zurück, da sich der Rücktransport häufig nicht mehr rechnet. | Quelle: © Sebastian Wilke, Bundeswehr.

DIE LOGISTISCHE HERAUSFORDERUNG DES ABZUGS

Nachdem auf Grundlage der VN-Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001 eine internationale Schutztruppe nach Afghanistan entsendet worden ist, wurde eine enorme Menge an Material in das Land eingeführt. Hierbei handelt es sich nicht nur um Waffen, Munition und Militärfahrzeuge, sondern auch um Hilfsmittel und Alltagsgegenstände für die Soldaten. Mit dem Abzug der Truppen muss dieses Material in die Heimatländer zurückverlegt werden. Allein für die Bundeswehr bedeutet das nach Angaben der Bundesregierung die Rückverlegung von ca. 1.200 Fahrzeugen sowie von Material für mindestens 4.000 Container.⁵ Darüber hinaus lässt die Bundeswehr Material im Neuwert von etwa

4 | Vgl. „Taliban übernehmen nach ISAF Abzug die Kontrolle“, *Stern*, 25.09.2013, <http://stern.de/politik/ausland/afghanische-provinz-nuristan-taliban-uebernehmen-nach-isaf-abzug-die-kontrolle-2060563.html> [01.10.2013].

5 | Vgl. Deutsche Bundesregierung, „Erster Seetransport eingelaufen“, 10.08.2013, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/08/2013-08-08-rueckverlegung.html> [23.11.2013].

150 Millionen Euro zurück, da sich beispielsweise der Rücktransport von Fahrzeugen, die älter als zwei Jahre sind, schon nicht mehr rechnet.⁶ Dieses Material wird entweder an die Afghanen übergeben, verkauft oder verschrottet. Laut Bundesverteidigungsministerium trifft das auf etwa 42 Prozent aller im Einsatz befindlichen Geräte zu.⁷ Waffen sind davon ausgenommen, da diese auf keinen Fall nachträglich in die Hände der Taliban fallen sollen.

Der Abzug ist für die größten Truppensteller USA, Großbritannien und Deutschland eine beachtliche logistische Herausforderung. Für die Rückverlegung ergeben sich aufgrund der geografischen Lage Afghanistans nur eingeschränkte Abzugswege. Das Land verfügt über keinen eigenen Meereszugang. Zudem wird Afghanistan im Norden und Osten von Gebirgsketten eingefasst. Im Westen und im Südosten grenzt es an das politisch instabile Pakistan sowie an den Iran, der dem Westen bislang nicht kooperationsfreundlich gegenüberstand. Darüber hinaus ist die infrastrukturelle Lage aufgrund eines schlecht ausgebauten Straßennetzes in Afghanistan selbst sehr schlecht.

Eine direkte Route über das afghanische Kandahar oder das pakistanische Peschawar zum Seehafen Karachi (Pakistan) ist auf Grund von immer wiederkehrenden Unruhen und Angriffen zu unsicher und instabil, um große Mengen militärisches Gerät darüber zu transportieren. Zudem sind Vereinbarungen mit der Regierung in Islamabad wenig belastbar. Immer wieder schließt Pakistan die Grenzen zu Afghanistan. Nach einem NATO-Luftangriff im Jahr 2011, bei dem pakistanische Sicherheitskräfte ums Leben kamen, blieb sie für fast acht Monate geschlossen.

Eine alternative Möglichkeit bietet daher die Rückverlegung des Materials per Flugzeug. Schon heute transportiert die Bundeswehr militärisches Material über den nordtürkischen Flughafen Trabzon am Schwarzen Meer nach Deutschland zurück. Im Frühjahr 2013 sind dort erstmals militärische Fahrzeuge gelandet und per Schiff nach Deutschland

6 | Vgl. „Abzug aus Afghanistan: Bundeswehr lässt Kriegsgerät im Wert von 150 Millionen Euro zurück“, *Spiegel Online*, 04.08.2013, <http://spiegel.de/politik/ausland/a-914747.html> [01.10.2013].

7 | Vgl. ebd.

weitertransportiert worden.⁸ Insgesamt sollen 85 Prozent des deutschen Materials auf diesem Weg zurückgeführt werden.⁹ Militärisch sensibles Material wie Verschlüsselungstechnik wird in jedem Fall direkt nach Deutschland geflogen.¹⁰ Dieser Transportweg ist allerdings sehr kostspielig. Eine kostengünstigere Alternative bietet der Landtransport in Kombination mit Seeverkehr über die nördlich Afghanistans liegenden Staaten, das NDN. Ein Weg führt über Tadschikistan nach Kirgisistan zum Militärflugplatz Manas (Bischkek), der noch bis 2014 von der US-Armee genutzt werden darf, und dann entweder weiter per Flugzeug oder per Landtransport über Kasachstan zu den Ostseehäfen. Für die Bundeswehr, die überwiegend im Norden Afghanistans operiert, kristallisiert sich der Weg über Usbekistan als wichtige Abzugsroute heraus. Die einzige Eisenbahnstrecke, die Afghanistan mit Zentralasien, also dem NDN, verbindet, führt vom nordafghanischen Masar-e-Sharif nach Termez in Süd-Usbekistan. Usbekistan, als Teil der Anti-Terror-Allianz, hat der Bundeswehr 2001 Nutzungsrechte für den Flughafen Termez eingeräumt. Von Termez aus bieten sich hauptsächlich zwei Routen an. Die eine führt über Kasachstan und Russland zum Seehafen von Riga. Die andere geht von Termez über Kasachstan ans Kaspische Meer bzw. über Aserbaidschan zum Seehafen Poti in Georgien. Allerdings will die Bundeswehr nur ungefähr fünf Prozent des Materials über diese Route zurückverlegen.¹¹

85 Prozent des deutschen Materials sollen über den nordtürkischen Flughafen Trabzon zurückgeführt werden. Militärisch sensibles Material wie Verschlüsselungstechnik wird in jedem Fall direkt nach Deutschland geflogen.

Für den größten Truppensteller, die USA, deren Truppen und Material im Süden und Osten Afghanistans liegen, ergibt sich bei der Betrachtung der Routen über das NDN die Schwierigkeit, dass das Material auf dem Weg in den Norden Afghanistans einen Tunnel am Salang-Pass durch den Hindukusch passieren müsste. Dieses Nadelöhr stellt eine

8 | Vgl. Bundeswehr, „Chronologie des Einsatzes in Afghanistan ISAF“, 21.09.2013, http://einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LcgxDoAgDEbhs3gBurt5C3Uxv1qhghRQjVRJOr4N50_dopi_FIx4mWZFopGmTfq1urTsvLFpg7SOi3ZzSv9gaOxw-QKUY1G3hypoXKTjEjEP3AjH-VW0! [01.10.2013].

9 | Vgl. Interview mit dem Leiter des Logistischen Umschlagpunkts Trabzon der deutschen Bundeswehr, Oberst Michael Sinn: Jan Henne und Michael Sinn, „Zwischenstopp in Trabzon“, *GEO*, 08/2013, 78.

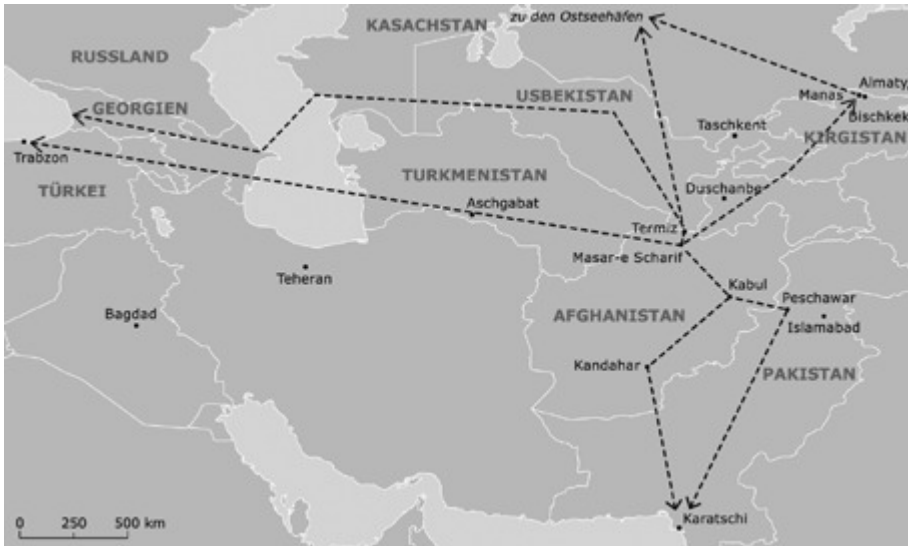
10 | Vgl. ebd.

11 | Vgl. ebd.

potenzielle Gefahr durch Taliban-Angriffe dar, was die USA bisher davon abhält, den Großteil des Materials über den Norden abzuziehen.¹²

Abb. 1

Logistik für Militärgerät und Waffen: Wege des Abzugs aus Afghanistan



Quelle: Eigene Darstellung.

DER ISAF-ABZUG ALS CHANCE FÜR ZENTRALASIEN

Die Chancen, die sich für die zentralasiatischen (und kaukasischen) Länder durch die Zurverfügungstellung der Abzugswege und der damit entstehenden strategischen Bedeutung ergeben, erscheinen auf Grund des geringen Aufkommens zwar minimal. Dennoch können diese Länder finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Profit erzielen. Zum einen lassen sie sich den Transitweg bezahlen, zum anderen haben die zentralasiatischen Länder ein Druckmittel, um auf internationaler Bühne mehr Einfluss zu nehmen. Die ISAF-Staaten sind auf die zentralasiatischen Länder und deren Kooperationsbereitschaft angewiesen. Usbekistan, das seitens der USA und der Europäischen Union nach der blutigen Niederschlagung eines Aufstandes in Andischan im Jahre 2005 mit Sanktionen belegt worden

12 | Vgl. Jan Henne, „Operation Abzug“, *GEO*, 08/2013, 66-78, hier: 78.

war, konnte sich bereits von diesen Sanktionen befreien.¹³ Dies erlaubt den USA nun den Verkauf militärischen Materials an Usbekistan, um dem Land, so die Begründung, die Möglichkeit zu geben, sich besser gegen Terrorismus zu schützen. Auch die Briten bemühen sich um die zentralasiatischen Länder. Sie verhandelten im September 2013 ein bilaterales Abkommen über den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und des Tourismus.¹⁴ Die Pläne beinhalten auch Überlegungen über ein Transitabkommen, das dem britischen Militär den Truppenrückzug aus Afghanistan über Tadschikistan ermöglichen soll.

Obwohl die zentralasiatischen Staaten aus dem ISAF-Truppenabzug kurzfristigen finanziellen Gewinn ziehen werden, ist dieser Effekt auf mittlere Sicht wirtschaftlich irrelevant. Politisch entscheidend wird sein, ob sich diese Länder aufgrund einer möglichen neuen Sicherheitslage entschließen werden, intensiver zusammenzuarbeiten. Die von Russland dominierte länderübergreifende Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) oder die von Russland und China dominierte Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) könnten dabei eine wichtige Rolle einnehmen, vorausgesetzt, die Mitgliedstaaten nehmen eine ähnliche Sicherheitsbewertung vor. Sie haben zumindest begonnen, über Fragen von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien nach dem ISAF-Truppenabzug zu diskutieren. Das zeigte ein Gipfeltreffen der Staatschefs in Bischkek im Oktober 2013.¹⁵ Für die NATO sollte die verstärkte Kooperation mit der OVKS in Zukunft nicht ausgeschlossen sein. Zwar hat Usbekistan 2012 dem Militärbündnis den Rücken gekehrt, doch ist nicht auszuschließen, dass Taschkent zu einem späteren Zeitpunkt zu einer neuen sicherheitspolitischen Bewertung kommt. Denn die USA, Russland, Europa und nicht zuletzt die zentralasiatischen Staaten selbst

13 | Vgl. Analyse für das Central Asia-Caucasus Institute: Erkin Akhmadov, „U.S. lifts military embargo on Uzbekistan“, 10.05.2011, <http://old.cacianalyst.org/?q=node/5641> [14.10.2013].

14 | Vgl. National Information Agency of Tajikistan, „Meeting of the Minister of Foreign Affairs with the UK Ambassador“, 01.07.2013, <http://khovar.tj/eng/foreign-policy/4142-meeting-of-the-minister-of-foreign-affairs-with-the-uk-ambassador.html> [10.10.2013].

15 | Vgl. AKIPress, „Bishkek to host conference on situation development in Central Asia after ISAF withdrawal from Afghanistan in 2014“, 03.10.2013, http://akipress.com/_en_news.php?id=137722 [08.10.2013].

streben dem gleichen Ziel entgegen: Sicherheit und Stabilität in der Region nach dem internationalen Truppenabzug.

GEFAHREN FÜR ZENTRALASIEN: AUSBREITUNG DES ISLAMISTISCHEN TERRORISMUS UND DES DSCHIHADS

So wie sich Chancen aus dem Truppenabzug für Zentralasien ergeben, entstehen gleichzeitig auch erhöhte Risiken. Die Gefahr, dass radikal-islamistische Gruppierungen das Machtvakuum in Afghanistan nutzen könnten und sich islamistischer Terror auf die zentralasiatischen Länder ausbreiten könnte, ist groß. Diese Länder befürchten, dass sich Afghanistan nach 2014 erneut zu einem Hort des radikal-islamischen Terrorismus entwickeln und damit ihre eigenen autoritär-säkularen Systeme destabilisieren könnte. Schon einmal, unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991, haben islamistische Gruppierungen in Zentralasien versucht, die neuen Regime zu stürzen. Bereits während des sowjetischen Afghanistan-Krieges (1979 bis 1989) haben sie Hand in Hand mit den Mudschaheddin, aus denen später die Taliban hervorgegangen waren, gegen die „sowjetischen Gottlosen“ gekämpft. Tadschikische und usbekische Dschihadisten fanden immer wieder Zuflucht im Norden Afghanistans.¹⁶

Das vom Süden Kirgistans, vom Osten Usbekistans und vom Norden Tadschikistans geografisch eingefasste, bevölkerungsreiche Fergana-Tal stellt dabei einen sicherheitspolitischen Schwerpunkt Zentralasiens dar.

Aufgrund der säkularen Haltung der Regierung ist Usbekistan zum erklärten Feind der Islamischen Bewegung Usbekistans geworden, die zu Beginn der 1990er Jahre gegründet wurde.

Diese von verschiedenen Ethnien dicht besiedelte Region war in der Vergangenheit durch Ressourcenkonflikte und Gewalt unter den Volksgruppen geprägt. Bereits zu Sowjetzeiten waren im Fergana-Tal islamistische Untergrundorganisationen präsent, die zur Keimzelle einer terroristischen Organisation, der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU), wurden. Die IBU wurde zu Beginn der 1990er Jahre von Tahir Jaldaschew und Dschuma Chodschijew (Namangani) gegründet. Aufgrund der säkularen Haltung der Regierung ist Usbekistan zum erklärten Feind der IBU geworden. Der einstige Mullah von Namanagan, Jaldaschew, war ein begabter Organisator und eine

16 | Vgl. Ahmed Rashid, *Jihad. The Rise of Militant Islam in Central Asia*, Yale, 2002, 248.

charismatische Persönlichkeit, die sich der Scharia-Ordnung verpflichtet sah. Namangani hatte im sowjetischen Afghanistankrieg Kampferfahrungen gesammelt.¹⁷

1991 forderten beide die usbekische Regierung heraus. Eine aufgeputschte Menge stürmte Behörden und öffentliche Gebäude in Namangan. Der usbekische Präsident Islam Karimow konnte den Aufstand zunächst durch Verhandlungen und dann durch hartes Durchgreifen beenden. Juldaschew und Namangani flohen nach dem Aufstand von 1991 nach Tadschikistan, später nach Afghanistan und Pakistan. Der pakistanische Geheimdienst ISI soll Juldaschew finanziell unter die Arme gegriffen und ihm Zufluchtsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt haben: „Von 1995 bis 1998 residierte Juldaschew in Peschawar, dem Zentrum nicht nur der islamistischen Aktivitäten von Pakistanis und Afghanen, sondern auch der panislamischen dschihadistischen Gruppen. Hier traf er sich mit den ‚Arabischen Afghanen‘, die ihn später Bin Laden und anderen afghanischen Gruppen vorstellen sollten.“¹⁸

Von der IBU spaltete sich später die Islamische Dschihad-Union (IJU) ab. Beide Gruppen agieren von Afghanistan und Pakistan aus. Ein Teil der militanten Mitglieder sympathisiert mit dem „Heiligen Krieg“ in anderen Ländern. In der Forschungsliteratur wird auf die Unterstützung Al-Qaidas und der Taliban sowie weiterer Organisationen (Harakatul-Ansar und Al-Jihad) für die IBU hingewiesen. Möglicherweise sei es sogar Osama Bin Ladens Initiative gewesen, eine usbekische Dschihadgruppe zur Bekämpfung des Karimow-Regimes ins Leben zu rufen.¹⁹

Nachdem die deutsche Polizei 2007 drei Mitglieder der Islamischen Dschihad-Union im Sauerland festgenommen hatte, mussten Sicherheitsexperten konstatieren, dass der aus Zentralasien stammende Terrorismus auch zu einer

17 | „He is essentially a guerrilla leader, not an Islamic scholar, and he is easily influenced by those around him, such as today he is influenced by the Taliban and Osama bin Laden. [...] He is a good person but not a deep person or intellectual in any way, and he has been shaped by his own military and political experiences rather than Islamic ideology, but he hates the Uzbek government [...]“, sagte ein ranghoher PIW-Funktionär. Rashid, *Jihad*, 143.

18 | Ebd.

19 | Vgl. ebd., 148.

unmittelbaren Bedrohung für Deutschland geworden war. Von Dschuma Namangani und Tahir Juldaschew, den früheren Anführern der IBU, geht dagegen heute keine Gefahr mehr aus. Namangani wurde 2001 bei einer US-amerikanischen Aktion in Nordafghanistan getötet. Juldaschew starb nach Angaben des pakistanischen Geheimdienstes im August 2009 durch einen amerikanischen Drohnenangriff in Südwasiristan, einer Bergregion im nordwestlichen Pakistan an der pakistanisch-afghanischen Grenze. Vor seinem Tod hatte der Vertraute Osama Bin Ladens auf einer DVD mit Anschlägen auf die Präsidenten Usbekistans, Kirgistans und Tadschikistans gedroht: „Wir erinnern Karimow, Bakijew und Rachmonow daran, dass sie für die Verfolgung der Muslime bestraft werden – in diesem Leben wie auch vor dem himmlischen Gericht.“²⁰

Bereits mehrfach ist es an verschiedenen Orten Usbekistans zu Angriffen islamistischer Terroristen gekommen. Im Februar 1999 explodierten in Taschkent insgesamt sechs Bomben, wobei 16 Menschen ums Leben kamen und mehr als 100 verletzt wurden. Für die Attacke soll die Islamische Bewegung Usbekistans verantwortlich gewesen sein. Die IBU setzte sich für die Errichtung eines islamischen Staates in Usbekistan und die Entlassung inhaftierter Muslime ein: „Am 13. džuma-d-ul-avval 1420 (25. August 1999) hat der Emir der ‚Islamischen Bewegung Usbekistans‘ und Hauptkommandeur der Mudschaheddin, Muhhamad Tahrir, dem Taschkenter Regime den ‚Djihad‘ erklärt“, hieß es in einer Deklaration.²¹ Im März und April 2004 kam es erneut zu Anschlägen in Taschkent und Buchara, als Frauen mit Sprengstoffgürteln und bewaffnete Männer mehrere Polizeiposten angriffen. Dabei kamen 33 Terroristen, zehn Polizisten und vier Passanten ums Leben. Im Juli 2004 explodierten vor den Eingängen der US-amerikanischen und der israelischen Botschaft in Taschkent zwei Sprengsätze, denen zwei usbekische Sicherheitsmitarbeiter zum Opfer fielen. Zu allen Anschlägen bekannte sich die Islamische Dschihad-Union.

20 | Peter Böhm, „Comeback der Islamisten“, *Südwind*, 12/2006, <http://suedwind-magazin.at/start.asp?ID=236723> [27.06.2011].

21 | Zitiert nach: Uwe Halbach, *Sicherheit in Zentralasien, Teil II: Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der „neuen Sicherheitsrisiken“* (Bericht des BIOst, Nr. 25), Köln, 2000, 17, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-41650> [27.11.2013].

In Tadschikistan tobte zwischen 1991 und 1997 ein Bürgerkrieg, der nach Angaben der Vereinten Nationen ungefähr 50.000 Tote forderte. Auch hier standen sich ein postsowjetisches säkulares und ein islamisches Lager gegenüber. Durch die Unterstützung von außen, größtenteils durch Russland und Usbekistan, konnten die säkularen Kräfte, mit Präsident Emomali Rachmon an der Spitze, die Oberhand gewinnen.

Im Bürgerkrieg in Tadschikistan zwischen 1991 und 1997 standen sich ein postsowjetisches säkulares und ein islamisches Lager gegenüber. Durch externe Unterstützung gewannen die säkularen Kräfte die Oberhand.

Soziale Unzufriedenheit, schlechte Lebensbedingungen und Empörung über autoritäre Staatsführung spielen militanten Islamisten im Dreiländereck Fergana-Tal bis heute in die Hände. In Folge des Bürgerkrieges in Tadschikistan und weiterer Kriege, die in den 1990er Jahren die mit Zentralasien benachbarte Kaukasus-Region erschütterten, entwickelte sich ein Dschihad, der den postsowjetischen Regierungen in Zentralasien und dem Kaukasus den Kampf ansagte. Die Grenzen zwischen den Dschihadisten und den afghanischen Mudschaheddin waren dabei fließend.

DROGENHANDEL IM GEFLECHT TERRORISTISCHER AKTIVITÄTEN

Der militante Islam interagierte darüber hinaus mit der organisierten Kriminalität (Drogen- und Waffenhandel), zu beiderseitigem Nutzen. Die Verbindung zwischen Islamismus und Drogenkriminalität verstärkte sich angesichts der Instabilität Afghanistans und des Bürgerkriegs in Tadschikistan, wobei sich wichtige Routen für den afghanischen Drogentransport herausbildeten.²² Mehrere Drogenrouten aus Afghanistan verlaufen durch Zentralasien. Opium wird über Turkmenistan nach Russland sowie in die Türkei transportiert. Nach Russland und Europa gelangen die Drogen außerdem über Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan. Eine der Routen verläuft durch das Fergana-Tal.²³ 2006 verließen mehr als 20 Prozent des verarbeiteten Heroins

22 | Vgl. Rainer Freitag-Wirminghaus, „Russland, islamische Republiken des Kaukasus und Zentralasiens“, in: Werner Ende und Udo Steinbach (Hrsg.), *Der Islam in der Gegenwart*, München, 2005, 277-305, hier: 296.

23 | Vgl. International Crisis Group (ICG), „Radical Islam in Central Asia: Responding to Hisbut-Tahrir“, *ICG Asia Report* 58, 2003, 16, <http://crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/058-radical-islam-in-central-asia-responding-to-hizb-ut-tahrir.aspx> [27.11.2013].

Afghanistan über diese Nordrouten. Die Hochgebirgsregion Badachschan (Tadschikistan) sowie die Region Osch (Kirgistan) haben im zentralasiatischen Drogenschmuggel einen besonders hohen Stellenwert.²⁴

Mehrere Terrorakte der IBU in Usbekistan und Kirgistan können auch als Maßnahmen zur Sicherung des Kuriersystems für afghanische Opiate über Zentralasien nach Russland und in den Westen gesehen werden.

Die Islamische Bewegung Usbekistans galt in den 1990er Jahren als eine stark ins Drogengeschäft involvierte terroristische Vereinigung. Ihre Aktivitäten wurden zum Großteil aus dem Heroinhandel finanziert.²⁵ „Islamische Bewegungen wie diese“, so schreibt Uwe Halbach (SWP), „intendieren [...] die Destabilisierung Zentralasiens durch Terrorismus, um dadurch regionale Drogenrouten vor staatlichem Zugriff zu sichern.“²⁶ Mehrere Terrorakte der IBU in Usbekistan und Kirgistan können vor diesem Hintergrund auch als Maßnahmen zur Sicherung des Kuriersystems für afghanische Opiate über Zentralasien nach Russland und in den Westen gesehen werden. Die IJU wird neben der IBU vom US-Außenministerium als Terrororganisation geführt.²⁷ Der Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschuss der Vereinten Nationen setzte die Organisationen 2005 auf der Grundlage der Resolution 1267 des Sicherheitsrates ebenfalls auf die Liste terroristischer Organisationen.²⁸

24 | Vgl. ICG, „Central Asia: Drugs and Conflict“, *ICG Asia Report* 25, 26.11.2001, <http://crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia/025-central-asia-drugs-and-conflict.aspx> [27.11.2013]; Bernd Kuzmits, „Grenzüberschreitende Kooperation. Afghanistan und seine nördlichen Nachbarn“, *Osteuropa*, 8-9/2007, 417-432.

25 | Vgl. Freitag-Wirringhaus, Fn. 22, 296.

26 | Halbach, Fn. 21, 17.

27 | „[T]he Islamic Jihad Group (IJG) also known as Jamaat al-Jihad, also known as the Libyan Society, also known as the Kazakh Jamaat, also known as the Jamaat Mujahidin, also known as the Jamiyat, also known as Jamiat al-Jihad al-Islami, also known as Dzhamaat Modzhakhedov, also known as Islamic Jihad Group of Uzbekistan, also known as al-Djihad al-Islami“. Siehe: U.S. Department of the Treasury, Treasury's Office of Foreign Assets Control (OFAC), „Alphabetical Listing of Specially Designated Nationals and Blocked Persons (SDN List)“, <http://treasury.gov/offices/enforcement/ofac/sdn/sdnlist.txt> [27.11.2013].

28 | Vgl. Deutscher Bundestag, „Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE“ (Drucksache 16/7916), Berlin, 2008, 3.

ZUSAMMENSPIEL LOKALER UND EXTERNER ISLAMISTISCHER ORGANISATIONEN IN ZENTRALASIEN

Während die ersten Berührungen militanter Islamisten Zentralasiens mit dem Dschihad bereits zur Zeit des sowjetischen Afghanistan-Krieges stattfanden, engagierten sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion missionsaktive Staaten und Organisationen der islamischen Welt für „vergessene Muslime“ Zentralasiens. Dazu gehörten bspw. Saudi-Arabien, die türkische Nurcular-Bruderschaft sowie pakistanische Organisationen.²⁹ Sie stellten finanzielle und „ideelle“ Hilfe zur Verfügung. Das persischsprachige Tadschikistan konnte auf iranische Unterstützung zählen. Zwar stand die Bevölkerung der früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken dem militanten Islamismus überwiegend ablehnend gegenüber,³⁰ dennoch konnten islamistische Gruppen wie die IBU genügend Anhänger rekrutieren, um aus Afghanistan gesteuerte Terrorakte in Zentralasien erfolgreich durchzuführen. Ihre Durchschlagskraft verdankten die militanten Islamisten nicht zuletzt der Unterstützung durch die Taliban und Al-Qaida.

Im strategischen Kalkül Al-Qaidas wurde der zentralasiatischen Region einschließlich des Kaukasus und der von muslimischen Uiguren besiedelten chinesischen Provinz Xin-jiang eine große Bedeutung zugeschrieben. Experten betonten die Loyalität zentralasiatischer Terroristen gegenüber Al-Qaida. Das Terrornetzwerk habe es verstanden, eine große Anzahl von Tschetschenen, Tadschiken, Usbeken und Uiguren für den Kampf an ihrer Seite gegen die Nordallianz und US-Truppen in Afghanistan zu gewinnen.³¹ In einem Schreiben an Taliban-Führer Mullah Omar aus dem Jahr 2002 soll Osama Bin Laden auch auf die hervorgehobene Stellung Zentralasiens

Experten betonten die Loyalität zentralasiatischer Terroristen gegenüber Al-Qaida. Das Terrornetzwerk habe es verstanden, eine große Anzahl von Tschetschenen, Tadschiken, Usbeken und Uiguren für den Kampf an ihrer Seite zu gewinnen verstand.

29 | Vgl. Brian Glyn Williams, „Jihad and Ethnicity in Post-Communist Eurasia. On the Trail of Transnational Islamic Holy Warriors in Kashmir, Afghanistan, Central Asia, Chechnya and Kosovo“, in: *The Global Review of Ethnopolitics*, Bd. 2, Nr. 3-4, 03-06/2003, 3-24, hier: 6.

30 | Halbach Fn. 21, 27.

31 | Vgl. Michael Scheuer, „Central Asia in Al-Qaeda's Vision of the Anti-American Jihad, 1979-2006“, in: *China and Eurasia Forum Quarterly*, Bd. 4, Nr. 2, 2006, 5-10, hier: 7.

im Anti-US-Dschihad hingewiesen haben.³² Terrorakte dort und im Nordkaukasus wurden in den 1990er Jahren so auch immer wieder mit externen Akteuren in Verbindung gebracht. Afghanistan, Pakistan und arabische Länder, so der Vorwurf, leisteten ihren Beitrag zur Destabilisierung der Region.

Nach Ansicht des früheren Chefs des kirgisischen Sicherheitsapparats, Kalik Imankulow, hat sich um 2002 ein Terrornetzwerk gebildet, das als Islamische Bewegung Zentralasiens (IMCA) firmiert.³³ Dazu gehörten unter anderem die Islamische Bewegung Usbekistans sowie die Islamische Bewegung Ostturkestans, die kirgisische, kasachische, tadschikische, afghanische, tschetschenische, usbekische und uigurische Kämpfer vereint. Das gemeinsame Ziel sei, eine islamische Rechtsordnung im Raum von Kaukasus bis Xinjiang zu etablieren. Die Gründung eines „Kalifats Zentralasien“, das Usbekistan, Tadschikistan und die Kirgisische Republik umfassen soll, sei der erste Schritt auf dem Weg zur Vereinigung der Muslime Zentralasiens zu einer so genannten Umma (Gemeinschaft der Muslime als „islamische Nation“). Die Ausdehnung des Gottesstaates auf angrenzende Territorien Kasachstans, Turkmenistans und auf den Nordwesten Chinas sei der zweite Schritt im Kalkül der IMCA. An überregionalen Strukturen islamistischer Organisationen mangelt es in Zentralasien nicht. Die bekannteste und größte Bewegung war die 1990 im russischen

32 | „During the previous period, with the grace of Allah, we were successful in cooperation with our brothers in Tajikistan in various fields including training. We were able to train a good number of them, arm them and deliver them to Tajikistan. Moreover, Allah facilitated to us delivering weapons to them; we pray Allah grants us all victory. We need to cooperate all together to continue this matter, especially Jihad continuation in the Islamic Republics [of Central Asia which] will keep the enemies busy and divert them from the Afghani issue and ease the pressure. The enemies of Islam[’s] problem will become how to stop the spreading of Islam into the Islamic Republics and not the Afghani issue. Consequently, the efforts of the Russians and their American allies will be scattered. It is a fact that the Islamic Republics region is rich with significant scientific experience in conventional and non-conventional military industries, which will have a great role in future Jihad against the enemies of Islam.“ Zitiert nach: Ebd., 8.

33 | Vgl. Sergei Blagov, „Moscow on alert for Muslim militancy“, 19.09.2002, http://atimes.com/atimes/Central_Asia/DI19Ag01.html [27.11.2013].

Astrachan gegründete Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIW). Sie erlangte vor allem in Tadschikistan Bedeutung.

Wie der Verlauf des 1997 zu Ende gegangenen Bürgerkrieges zeigte, gab es dort für ihre Ziele eine breite islamistische Unterstützung. Das Besondere an der PIW ist, dass die Organisation in Zentralasien die einzige legale Partei mit einem „religiösen Mandat“ ist.³⁴ Nach dem Ende des Bürgerkrieges ha-

An überregionalen Strukturen islamistischer Organisationen mangelt es in Zentralasien nicht. Die bekannteste und größte Bewegung war die 1990 im russischen Astrachan gegründete Partei der Islamischen Wiedergeburt.

ben sich die tadschikischen Islamisten für eine Kooperation mit den Säkularisten entschlossen und vorerst darauf verzichtet, den nicht-islamischen Staat herauszufordern. Damit distanzierten sie sich von anderen islamistischen Kräften. Diese wiederum betrachteten die PIW nun als von der tadschikischen Regierung gekauft. Zwei islamistische Organisationen hatten damit in Zentralasien ihr Profil verändert. Die IBU wurde mehr und mehr zum Bestandteil einer internationalen militanten islamistischen Bewegung mit Verbindungen zu den Taliban und Al-Qaida, verlor aber nach dem 11. September 2001 an Einfluss. Die PIW wurde von einer bewaffneten Opposition zu einer legalen, am konstitutionellen Aufbau beteiligten Partei.³⁵

Diese Entwicklungen kamen vor allem der Partei der islamischen Befreiung (Hisbut-Tahrir, HuT) zu Gute. Die 1953 in Ost-Jerusalem gegründete islamistische Organisation agierte zunächst als ein Ableger der Muslimbruderschaft im Nahen Osten. Später erweiterte sie ihren Aktionsradius und wurde zu einer palästinensisch dominierten, aber transnational agierenden Organisation.³⁶ In mehreren Ländern, darunter auch in Deutschland, hat sie Betätigungsverbot. Bereits in den 1980er Jahren gelang es Hisbut-Tahrir, Propaganda-Schriften in die Sozialistische Sowjetrepublik Usbekistan zu schleusen. Die ersten Zellen dieser Organisation wurden vor allem im Fergana-Tal aktiv.³⁷ Von hier aus breitete sich das Hisbut-Tahrir-Netzwerk auf weitere Regionen Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistans aus. Da die Bevölkerung Zentralasiens wenig mit der arabischen Sprache und dem Gedankengut anfangen konnte, passte sich die

34 | Vgl. Freitag-Wirninghaus, Fn. 22, 294-295.

35 | Vgl. ebd., 298-300.

36 | Vgl. Guido Steinberg, *Der nahe und ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Islamismus*, München, 2005, 39 ff.

37 | Vgl. Zeyno Baran, *Hizb ut-Tahrir. Islam's Political Insurgency*, Washington D.C., 2004.

Hisbut-Tahir rasch an die regionalen Gegebenheiten an. In der Region tauchten die ersten Übersetzungen program-matischer Schriften und Propaganda-Flugblätter der Or-ganisation auf. Hisbut-Tahir ist heute die am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Zentralasien – wahr-scheinlich auch deshalb, weil sie praktisch ohne Konkur-renz agieren kann.



Weltweiter Einsatz für die Umma: Anhänger von Hisbut-Tahir demonstrieren 2006 in Kopenhagen. | Quelle: EPO ©①②.

Die Errichtung des „Kalifats Zentralasien“ ist eines ihrer erklärten Ziele. Weitere Zielsetzungen sind die Befreiung der muslimischen Welt von westlichen Einflüssen sowie die Einführung der Scharia.³⁸ Hisbut-Tahir präsentiert sich gern als nicht-gewalttätig, dennoch ragen der aggressive Antisemitismus und die antiwestliche Rhetorik als fester Bestandteil ihrer Ideologie hervor. Darüber hinaus legiti-miert die Organisation den Dschihad gegen Israel und die USA, weshalb von einem ernst gemeinten Gewaltverzicht kaum die Rede sein kann.³⁹ Experten gehen davon aus, dass der Verzicht auf Gewaltanwendung strategischer Na-tur ist und aufgehoben werden kann, sobald sich günstige

38 | Vgl. Fn. 23, 4.

39 | Vgl. ebd., 5.

Rahmenbedingungen ergeben.⁴⁰ Hisbut-Tahir akzeptiert keine politischen Kompromisse und keine Ordnungsmodelle außer einem auf der Scharia basierenden islamischen Staat. Jeder Verfassungsartikel, jede Rechtsprechung sollen von der Scharia abgeleitet werden.⁴¹ In Programmschriften von Hisbut-Tahir lässt sich ein Drei-Etappen-Modell der Zusammenführung aller Muslime in einem Neo-Kalifat finden, das auf einer Interpretation der historischen Mission des Propheten Mohammed bei der Gründung des ersten islamischen Staates basiert: Die erste Etappe umfasst die Rekrutierung von Muslimen, die die Propaganda der Partei in die Welt tragen. Der zweite Schritt setzt die Interaktion mit der Umma voraus, um diese bei der Arbeit für den Islam sowie der Integration des Islams ins Alltagsleben, in den Staat und in die Gesellschaft zu unterstützen. Die dritte Etappe beschreibt schließlich den Prozess der Machtübernahme und die ganzheitliche, totale Umsetzung der islamischen Ordnung. Beginnend in Zentralasien sollen sich die Muslime überall erheben und zu einem Kalifat vereinigen.⁴²

Es liegen kaum belastbare Informationen über die Mitgliederzahl von Hisbut-Tahir in Zentralasien vor. Ihre dezentralen Zellen agieren im Verborgenen, die Sicherheitsvorkehrungen werden sehr streng gehandhabt. Nur die Leiter der Zellen kennen die Entscheidungsträger der übergeordneten Strukturen. Hisbut-Tahir gilt als straff und pyramidenförmig organisiert. Die Organisationsstruktur „reicht von lokalen Basiseinheiten über regionale Organisationsebenen bis zu einer überregionalen Führung. [...] Der regionale Repräsentant wird vom Zentralen Politischen Rat

40 | So brachte es ein HuT-Mitglied auf den Punkt: „Islam obliges Muslims to possess power so they can intimidate – I would not say terrorize – the enemies of Islam. In the beginning the Caliphate would strengthen itself internally and it would not initiate jihad. But after that, we would carry Islam as an intellectual call to all the world. And we will make people bordering the Caliphate believe in Islam. Only if they refuse, then we'll ask them to be ruled by Islam. And after all discussions and negotiations they still refuse, then the last resort will be a jihad to spread the spirit of Islam and the rule of Islam. This is done in the interest of all people to get them out of darkness and into the light.“ Zitiert nach: Zeyno Baran, Frederick S. Starr und Svante E. Cornell, *Islamic Radicalism in Central Asia and the Caucasus: Implications for the EU*, Uppsala, 2006, 17.

41 | Fn. 23, 4.

42 | Vgl. Freitag-Wirminghaus, Fn. 22, 299.

auf internationaler Ebene eingesetzt.“⁴³ Experten gehen jedoch davon aus, dass in Zentralasien zwischen 15.000 und 20.000 Anhänger leben.⁴⁴ In Kirgistan und Tadschikistan soll es zwischen 3.000 und 5.000 Anhänger geben.⁴⁵

Juldaschew arbeitete ein Fünf-Etappen-Programm aus, das es den Akramija-Mitgliedern ermöglichen soll, die Gesellschaft zu islamisieren und somit an die Macht zu gelangen.

Akram Juldaschew, ein islamistischer Aktivist und Ideologe, der dem Hisbut-Tahir-Netzwerk entstammt,⁴⁶ gründete in Andischan (Usbekistan) eine Bewegung mit lokaler Agenda,

die als Akramija bekannt geworden ist. Die Akramisten gehen davon aus, dass die regionale Agenda nur aus der lokalen Ebene heraus implementiert werden kann. Juldaschew arbeitete ein Fünf-Etappen-Programm aus, das es den Akramija-Mitgliedern ermöglichen soll, die Gesellschaft zu islamisieren und somit an die Macht zu gelangen. Die erste Etappe umfasst die islamische Ausbildung der Mitglieder in geheimen Zellen und endet mit dem Treueschwur auf den Koran. Die zweite Phase ist auf die Schaffung einer finanziellen Existenzgrundlage gerichtet. Die Akramisten gründen Kleinunternehmen, in denen die „Brüder“ arbeiten können, oder sie werden mit Unterstützung der Gleichgesinnten in öffentliche Organisationen eingestellt. Ein Fünftel des Gewinns haben die Mitglieder in die Akramija-Kasse abzuführen. Während die dritte Etappe auf die geistige Indoktrination setzt, zielt der vierte und vorletzte Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer wahren islamischen Ordnung auf die Legitimierung der Vereinigung entweder durch die Anwerbung von Beamten oder durch ihre Instrumentalisierung. Nach der Legitimierung der Bewegung und ihrer Unterstützer würde sich im fünften Schritt der legale Weg zur Macht öffnen.⁴⁷ Der Vereinigung gelang es, mit einem sozioökonomischen Ansatz Einfluss in Andischan zu gewinnen, indem sie Arbeitsplätze schuf und wirtschaftliche Depression zu lindern wusste – „one most successful examples of the bottom-up approach of pro-Islamic social engineering“.⁴⁸

43 | Ebd., 298.

44 | Fn. 23, 17

45 | Baran, Starr und Cornell, Fn. 40, 24.

46 | Vgl. Bakhtijar Babadžanov, „Ферганская долина: источник или жертва исламского фундаментализма?“ (Fergana-Tal: Ursprung oder Opfer des islamischen Fundamentalismus?), 05/1999, http://ca-c.org/journal/cac-05-1999/st_21_babajanov.shtml [27.11.2013].

47 | Vgl. ebd.

48 | Baran, Starr und Cornell, Fn. 40, 25.

2005 kam es in Andischan zum Aufstand, der von den usbekischen Sicherheitsbehörden blutig niedergeschlagen wurde. Nach Angabe usbekischer Behörden hatte eine Gruppe Bewaffneter, die der islamistischen Organisation Akramija angehörten, ein Gefängnis überfallen, um Gesinnungsgenossen zu befreien. Gegen sie war ein Prozess wegen terroristischer Aktivitäten geplant. Die Unruhen breiteten sich aus und es kam zu Solidaritätskundgebungen auf den Straßen der Stadt sowie zu schweren Zusammenstößen zwischen bewaffneten Anhängern der verhafteten Akramisten und den usbekischen Sicherheitskräften. Zivilisten, die sich an den Demonstrationen beteiligt hatten, aber unbewaffnet waren, gerieten in die Schusslinie. Nach offiziellen Taschkenter Angaben forderten die Unruhen 187 Tote. Inoffizielle Schätzungen liegen um ein Mehrfaches darüber.⁴⁹

Der Dschihad hat auch das ressourcenreiche und im regionalen Vergleich relativ stabile Kasachstan erreicht. 2011 mehrten sich Terroranschläge und Drohungen gegen das Regime im Namen der Soldaten des Kalifats (Jund al-Khilāfah, JaK), die sich in Pakistan niedergelassen haben. Nachdem am 9. November 2012 in einschlägigen Internetforen ein Interview mit dem Anführer des Zahir Baibars Bataillons, Rawil Kusajnow, veröffentlicht wurde, wissen Experten etwas mehr über diesen neuen Akteur des transnationalen Dschihad. Demnach besteht die JaK-Brigade aus mehreren Bataillonen, die vor allem in Afghanistan, aber auch „in anderen Teilen der Welt“ aktiv sind.⁵⁰ Das bestätigen im September und Oktober 2012 in Dschihadforen gepostete Videoaufnahmen von Angriffen auf die US-Basis in der afghanischen Provinz Chost, die im Juni und Juli erfolgten. Experten mutmaßen daher, dass die Brigade mit dem Al-Qaida nahe stehenden Haqqani-Netzwerk kooperiert. Die Gruppe interessiert sich sehr für die Entwicklungen in Kasachstan und wende einen bedeutenden Teil der Ressourcen für dieses Land auf. Laut Kusajnow besteht sein Bataillon zu 90 Prozent aus Kasachen, wobei die Zelle

49 | Vgl. Thomas Kunze und Thomas Vogel, *Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit*, Berlin, 2011, 245-246.

50 | Vgl. Maseh Zarif, „Jund al Khilafah Targets Kazakhstan“, AEI Critical Threats Project, 15.11.2011, <http://criticalthreats.org/other/zarif-jund-al-khilafah-targets-kazakhstan-november-15-2011> [12.11.2013].

international ist. „Wir glauben“, so einer der Emire, „dass die Region Zentralasien – zusätzlich zum islamischen Maghreb und Jemen – ein Kandidat ist, um zum Kern für die Wiederkehr des Kalifats in der Zukunft zu werden.“⁵¹

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG IM RAHMEN REGIONALER ORGANISATIONEN UND NETZWERKE

Mit dem Antiterroristischen Zentrum (ATZ), dem „Büro für Koordinierung des Kampfes gegen die Organisierte Kriminalität und andere Gewaltverbrechen auf dem Territorium der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“, den Kollektiven Kräften des Operativen Reagierens (KSOR), der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) und der Regionalen Antiterroristischen Struktur (RATS) der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verfügen Russland, die postsowjetischen zentralasiatischen Staaten und China gemeinsam über eine Reihe von Institutionen und Mitteln der operativen und – unter Vorbehalt – strukturellen Terrorismusbekämpfung im postsowjetischen Raum. Institutionen wie die OVKS und SOZ haben sich Ende der 1990er bzw. Anfang der 2000er Jahre dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität verschrieben.

In den multilateralen Foren bemühen sich die Mitgliedstaaten um die Ausarbeitung regionaler Sicherheitskonzepte unter besonderer Berücksichtigung transnationaler Bedrohungen, halten gemeinsame Antiterror-Übungen ab und koordinieren die Kooperation mit weiteren internationalen Organisationen. Als Auslöser für die regionale Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus galten neben mehreren Terroranschlägen in Russland bewaffnete Übergriffe der IBU auf Usbekistan und Kirgistan 1999/2000, die Präsenz der islamistischen Ausbildungscamps in Afghanistan und die Bedrohungsperzeption Chinas hinsichtlich des uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang.

51 | Jacob Zenn, „Kazakhstan Struggles to Contain Salafist-Inspired Terrorism“, *Terrorism Monitor*, Bd. 10, Nr. 17, 14.09.2012, 7, <http://eurodialogue.org/Kazakhstan-Struggles-to-Contain-Salafist-Inspired-Terrorism> [27.11.2013].



Terrorismusbekämpfung im postsowjetischen Raum: Treffen der SOZ 2013 in Bischkek. | Quelle: Kreml, Presse- und Informationsamt des Präsidenten ©Ö.

Vor dem Hintergrund der realen und perzipierten Gefahren durch den grenzüberschreitenden Terrorismus und Islamismus konnten sich die GUS-Mitglieder 1999 auf einen Kooperationsvertrag im Kampf gegen den Terrorismus einigen, der gleichzeitig die autokratische Regierungsführung in einigen Mitgliedstaaten stützt. Ein Jahr später gründeten sie das Antiterror-Zentrum der SOZ (Sitz: Taschkent), das die konzeptionellen Vorarbeiten für gemeinsame Antiterror-Aktionen und -übungen, die Koordinierung der Kooperation in den relevanten Politikfeldern, Informationsauswertung und -austausch sowie die Pflege einer Datenbank übernahm. Die RATS als Kommunikations- und Koordinationszentrale der SOZ im Bereich der Terrorismusbekämpfung trug zur Intensivierung der nachrichtendienstlichen Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten bei. So beinhaltet die RATS-Datenbank Angaben zu 42 Organisationen und 1.100 Personen mit (vermutetem) extremistischem Hintergrund. Über die Auswertung der vorliegenden Datensätze liegen jedoch keine genauen Informationen vor. Da ein übernationales Netzwerk immer von der Kooperationsbereitschaft der Mitglieder abhängt, stellt sich jedoch die Frage, ob und inwieweit die nationalen Sicherheitsbehörden gewillt sind, relevante Daten über Ermöglichungsfaktoren des Terrorismus in der Region weiterzuleiten. Denn das Misstrauen der zentralasiatischen Nachbarstaaten untereinander sowie gegenüber Russland und China ist nach wie vor groß. Ethnisch-territoriale Verflechtungen sowie die Energie- und

Wasserproblematik in Zentralasien verhindern das Entstehen einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft, weshalb eine gemeinsame Terrorismusbekämpfung nur unter Vorbehalt möglich ist. Die zentralasiatischen Staaten nutzten ihr Kooperationspotenzial in der Vergangenheit nicht. Zwar unterzeichneten Kasachstan, Tadschikistan, Kirgistan und Usbekistan im Jahr 2000 einen Vertrag über gemeinsame Aktionen im Kampf gegen Terrorismus, politischen und religiösen Extremismus und transnationale organisierte Kriminalität. Nach den erwähnten Übergriffen der IBU schufen die betroffenen Länder sogar ein Koordinierungszentrum für gemeinsame Operationen. Doch die vereinbarten Maßnahmen blieben lediglich politische Deklarationen. Eine effiziente Kooperation in den regionalen Sicherheitsinstitutionen ist daher nicht zu erwarten, solange vor allem energie- und wasserpolitische Rivalitäten in der Region nicht überwunden werden.

Das gilt im Übrigen auch für die OVKS. Die Organisation ist im Mai 2002 aus dem Vertrag über kollektive Sicherheit (VKS) der GUS hervorgegangen. Sie trat kein vielversprechendes Erbe an, denn es waren die VKS-Vertragsparteien, die keinen Beitrag zur Abwehr der IBU-Angriffe 1999 und 2000 geleistet hatten. Obwohl sie im Anschluss an die Vorfälle – im Oktober 2000 – den Beschluss fassten, eine schnelle Eingreiftruppe für Zentralasien zusammenzustellen, wiederholten sich bewaffnete Übergriffe und terroristische Anschläge 2004 und 2005 ohne jegliche Einmischung seitens der OVKS. Wiederum erklärten die OVKS-Staaten 2009 ihre Absicht, eine Eingreiftruppe (Kollektive Kräfte des Operativen Reagierens, KSOR) zu schaffen. Im Jahr darauf starben jedoch während der bewaffneten Auseinandersetzungen in Kirgistan Hunderte Menschen, ohne dass die Organisation eingeschritten wäre. Auch die SOZ blieb untätig. Militärexperten kritisieren die OVKS ohnehin als „Papiertiger“ ohne jegliche Zukunft.⁵² Die Hauptlast des „operativen Reagierens“ im postsowjetischen Raum tragen Russland, das nahezu für die Hälfte des OVKS-Haushalts aufkommt, und Kasachstan. Während Russland 8.000 bis 10.000 und Kasachstan ca. 3.000 Mann für die Eingreiftruppe in

52 | Aleksandr Chramtschichin, „Бумажные тигры' НАТО и ОДКБ“ (Papiertiger' der NATO und der OVKS), *Independent Gazeta*, 06.03.2009, http://nvo.ng.ru/forces/2009-03-06/1_tigers.html [14.11.2013].

Aussicht gestellt haben, wollen Tadschikistan und Kirgisistan jeweils 300 Mann zur Verfügung stellen. Usbekistan hat bislang keine Kräfte angeboten.⁵³ Sollten negative Bedrohungsszenarien Wirklichkeit werden und sich der islamistische Terror auf Zentralasien ausweiten, wird das kollektive Sicherheitssystem mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sein. Die schwerwiegenden Restriktionen sind dabei das alte Frontenkriegs- wie geopolitische Denken und eine jahrzehntelange Tradition politischer Bevormundung und Alimentierung durch Russland, die in Zentralasien bis heute zu spüren ist. Trotz aller proklamierten Erfolge bei Anti-Terror-Übungen im Rahmen der OVKS⁵⁴ können die Entscheidungsträger in Russland und Zentralasien eine laut Planungen aus ca. 13.000 Mann bestehende Eingreiftruppe nicht ernstlich als Akteur „operativen Reagierens“ bezeichnen. Um auf Übergriffe militanter Islamisten schnell und effizient reagieren zu können, brauchen die OVKS-Länder eingespielte, gut ausgebildete und vor allem mit modernem Kriegsgerät ausgerüstete Elitetruppen, die in kürzester Zeit zu mobilisieren und an die Orte des Geschehens zur Unterstützung der nationalen Sicherheitskräfte zu verlegen sind. Tausende von Fallschirmjägern, die auf Militärbasen in der Region stationiert sein sollen, vermitteln eher den Eindruck, es gehe mehr um die regionale Vormachtstellung als um den Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität. Auch hinsichtlich der Kooperationsangebote Russlands an die von China dominierte SOZ und der Ankündigung, den Informationsaustausch bei gemeinsamer Terrorabwehr und im Kampf gegen Drogen- und Waffenhandel verstärken zu wollen, merkten Experten an, dass diese Schritte „vor allem symbolische Bedeutung für Moskau“ hätten. Dem Kreml gehe es vor allem darum, „den russischen Führungsanspruch bei der Koordination der multilateralen sicherheitspolitischen Aktivitäten und

Eine schwerwiegende Restriktion für die Zusammenarbeit der GUS-Staaten ist eine jahrzehntelange Tradition politischer Bevormundung durch Russland, die in Zentralasien bis heute zu spüren ist.

53 | Vgl. Michail Logvinov, *Russlands Kampf gegen den Internationalen Terrorismus*, Stuttgart, 2012, 127.

54 | Vgl. Wiktor Michajlow, „„Рубеж’ против террора“ („Grenze’ gegen den Terror)“, *Independent Gazeta*, 26.10.2013, http://nvo.ng.ru/forces/2010-03-26/16_rubezh.html [27.11.2013].

die Rolle Russlands als Bindeglied der einzelnen Organisationen zu unterstreichen“.⁵⁵

Die SOZ, die im Juni 2001 aus dem Sicherheitsregime der „Shanghaier Fünf“ hervorging, hat den „drei üblen Kräften“ – Terrorismus, Separatismus und Extremismus⁵⁶ – den Kampf angesagt. Die Organisation verabschiedete 2001 *The Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism*.⁵⁷ Am 16. Juni 2009 unterzeichneten die SOZ-Länder in Jekaterinburg eine Nachfolgekonvention gegen den Terrorismus, die die völkerrechtlichen Normen im Rahmen der SOZ an aktuelle Herausforderungen anpasste und ein mit den nationalen Rechtssystemen harmonisiertes

55 | Andrea Schmitz, „Partner aus Kalkül. Russische Politik in Zentralasien“, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 05.03.2008, 16, http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2008_S05_smz_ks.pdf [27.11.2013].

56 | Die *Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism* definiert den Terrorismus, Separatismus und Extremismus wie folgt: „1) ‚terrorism‘ means: a) any act recognized as an offence in one of the treaties listed in the Annex to this Convention [...] and as defined in this Treaty; b) any other act intended to cause death or serious bodily injury to a civilian, or any other person not taking an active part in the hostilities in a situation of armed conflict or to cause major damage to any material facility, as well as to organize, plan, aid and abet such act, when the purpose of such act, by its nature or context, is to intimidate a population, violate public security or to compel public authorities or an international organization to do or to abstain from doing any act, and prosecuted in accordance with the national laws of the Parties; 2) ‚separatism‘ means any act intended to violate territorial integrity of a State including by annexation of any part of its territory or to disintegrate a State, committed in a violent manner, as well as planning and preparing, and abetting such act, and subject to criminal prosecuting in accordance with the national laws of the Parties; 3) ‚Extremism‘ is an act aimed at seizing or keeping power through the use of violence or changing violently the constitutional regime of a State, as well as a violent encroachment upon public security, including organization, for the above purposes, of illegal armed formations and participation in them, criminally prosecuted in conformity with the national laws of the Parties.“ Vgl. Shanghai Cooperation Organization (SCO), 20.04.2006, http://english.scosummit2006.org/en_bjzl/2006-04/20/content_87.htm [27.11.2013].

57 | Siehe SCO, <http://www.sectSCO.org/EN/show.asp?id=68> [16.06.2001].

Terrorismuskonzept festhielt.⁵⁸ 2004 wurden ein Sekretariat in Peking sowie die Regionale Antiterroristische Struktur (RATS) im usbekischen Taschkent eingerichtet. Die SOZ erlangte zudem einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Doch sie konnte sich nach dem 11. September 2001 nicht als genuine multilaterale Sicherheitsorganisation etablieren. Ihre Sicherheitsarchitektur steckt nach wie vor in ihren Kinderschuhen, wobei klar definierte militärische Strukturen fehlen. Das tadschikische und kirgisische Militär ist zudem schlecht ausgerüstet und unzureichend ausgebildet. Zudem ist es eher unwahrscheinlich, dass Chinas Spezialkräfte außerhalb der eigenen Grenzen eingesetzt werden. Außerdem agieren Peking und Moskau oft als Rivalen, die wenig Interesse an echtem

Multilateralismus haben. Die SOZ arbeitet nach dem Strukturprinzip bilateraler Abkommen im Gewand des Multilateralismus.⁵⁹ Das gilt auch im Hinblick auf die gemeinsame Terrorismusbekämpfung. Neben den USA investiert vor allem China erhebliche Ressourcen in bilaterale Beziehungen zu Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan und Usbekistan, indem es die zentralasiatischen Armeen ausrüstet, ausbildet und die Überwachungstechnik für den Grenzschutz liefert. Der Anspruch der Organisation, sich als die regionale Ordnungsmacht in Zentralasien zu etablieren, scheitert bisher an Interessendivergenzen der beteiligten Akteure.

China investiert erhebliche Ressourcen in bilaterale Beziehungen zu Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan und Usbekistan, indem es die zentralasiatischen Armeen ausrüstet und ausbildet.

FAZIT

Auf Grund ihrer strategisch günstigen Lage ergeben sich durch den ISAF-Truppenabzug einige wirtschaftliche sowie politische Chancen für die Staaten Zentralasiens, auch wenn die Rückverlegungsquote über das NDN relativ gering ist. Denn die beteiligten ISAF-Länder zahlen erheblich für den Transit und sind gewillt, der Region wirtschaftlich und politisch entgegenzukommen, um ihre Gunst zur Kooperation zu erhalten. Auf der anderen Seite bedeutet der Truppenabzug eine Beeinträchtigung der Sicherheitslage in

58 | „Президент РФ внес на ратификацию в Госдуму конвенцию ШОС против терроризма“ (Russlands Präsident über die Ratifizierung der SCO-Konvention gegen Terrorismus in der Staatsduma), *Russian Gazeta*, 29.06.2010, <http://rg.ru/2010/06/29/shos-anons.html> [27.11.2013].

59 | Schmitz, Fn. 55, 23-24.

der Region durch die mögliche Verbreitung von wiederauflebenden terroristischen Gruppen. Die Nervosität der zentralasiatischen Staaten angesichts der Bedrohungen des islamistischen Terrorismus ist nicht unbegründet. Es ereigneten sich immer wieder Anschläge verschiedener Schweregrade, die zeigen, dass der Terrorismus und Dschihad in Zentralasien ein Thema ist.

Noch ist die Region relativ stabil. Dies erklärt sich einerseits dadurch, dass die zentralasiatischen Regime aufkeimenden Terrorismus in ihren autoritär geführten Ländern mit aller Härte bekämpfen. Andererseits schöpft der Kampf gegen die ISAF-Truppen und das pakistanische Militär die Kapazitäten der Dschihadisten aus. Sobald solche Kapazitäten freigesetzt werden, sind destabilisierende Entwicklungen auf dem Territorium zwischen Kaukasus und Hindu-kusch nicht auszuschließen. Islamistische Netzwerke sind in Zentralasien bereits vorhanden. Die zentralasiatischen Staaten sind auf grenzüberschreitende Entwicklungen nur mäßig vorbereitet, weshalb eine engere Zusammenarbeit im Bereich der regionalen Sicherheit innerhalb bestehender Strukturen der SOZ, der OVKS, aber auch darüber hinaus mit der NATO im Interesse gemeinsamer sicherheitspolitischer Interessen sinnvoll ist. Ein mögliches Erstarken des Islamismus in Zentralasien ist zwar nicht automatisch die Folge des Abzugs der ISAF-Truppen aus Afghanistan. Doch auszuschließen ist ein solches Szenario nicht.